

## Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925 Kamillenstr. 54 12203 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007 Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08 Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

## Presseerklärung

Berlin, 25.07.07

## SPD am Tropf der Tabakindustrie -Bundesverband der Verbraucherzentralen verklagt Reemtsma

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat Reemtsma wegen verbotener Tabakwerbung im Vorwärts vor dem Landgericht Hamburg verklagt. Vorher hatte Johannes Spatz, Sprecher des Forum Rauchfrei, den Bundesverband gebeten, gegen die Anzeige in der Juni-Ausgabe vorzugehen.

Mit der Anzeige im Vorwärts stellt sich die SPD als schlechter Verlierer dar. Denn es war die SPD, die unter Rot-Grün eine Klage gegen das drohende Tabakwerbeverbot der Europäischen Union durchgesetzt hatte. Erst nachdem der Europäische Gerichtshof im Dezember 2006 diese Klage abgewiesen hatte, trat auch in der Bundesrepublik das Werbeverbot in Medien und Internet in Kraft.

Der Tabakkonzern Reemtsma hat seine Anzeige in dem SPD-Blatt ausdrücklich als Werbung gekennzeichnet, da er die gesetzlich für Tabakwerbung vorgeschriebene Warnung der EG-Gesundheitsminister "Rauchen kann tödlich sein" abgedruckt und die Logos seiner Zigarettenmarken in der Anzeige gezeigt hat. Die Anzeige beginnt mit dem Satz "Verantwortung wird bei Reemtsma groß geschrieben." Wie groß Verantwortung von Reemtsma tatsächlich geschrieben wird, zeigt der Umgang dieses Konzerns schon alleine mit dem Werbeverbot.

Offenbar hängt die Existenz des Vorwärts von den Anzeigeneinnahmen der Tabakindustrie ab. Angeblich müsste ohne die 90.000 Euro, die der Vorwärts für Tabakwerbung von Januar bis August diesen Jahres eingenommen hat (pro Seite 18.000 EUR), der Verlag die Herausgabe des Traditionsblattes einstellen. Lothar Binding, MdB, plant deshalb, auf dem nächsten Parteitag der SPD eine alternative Finanzierung des Vorwärts zu beantragen.

Die Mitgliederzeitung der SPD erscheint in einer Auflage von 500.000 Stück und kann auch

am Kiosk zum Beispiel im Berliner Hauptbahnhof gekauft werden.

Spatz meint, es handele sich hierbei um einen gesellschaftlichen Skandal erster Güte. "Hier wird uns erneut die Verstrickung von Politik und Tabakindustrie vor Augen geführt. Wegen angeblicher Finanzierungszwänge wird der Tabakindustrie ermöglicht, sich über Recht und Gesetz hinweg zu setzen.

Weitere Informationen bei: Johannes Spatz Tel.: (030) 747 559 25 oder 0176 2441